

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

65 (18.3.1920)



# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wegpreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 A Zustellgebühr; ab 1/2-1/2 l und 2-1/2 l abends. Fernspr.: 150 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 l vorabends, für größere Aufträge nachm. zuvor.

## Der Staatsstreich der Lüttwiczbande zusammengebrochen.

### Rundgebung der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Reichstag-Fraktion.

Stuttgart, 17. März. Das verbrecherische Abenteuer in Berlin ist beendet. Vor der ganzen Welt ist im Kampfe der letzten Tage der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Verzuge der militärischen Diktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht. Das Abenteuer ist zu Ende. Der verbrecherisch unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erfolg geführt werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre starke Waffe, den Generalstreik niederlegt. In zahlreichen Städten ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, zu allererst die Kohlenförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt.

Arbeiter! Sei jetzt ebenso tatkräftig und willfährig zur Stelle wie bei der Abwehr der Volkverführer. Jedermann an die Arbeit. Die Regierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaues fördern. Die Hochverräter, die zum Generalstreik gezwungen haben, der strengsten Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder eine Soldateska in das Gesicht des Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen.

Der Reichspräsident: Ebert.  
Die Reichsregierung: Bauer.

Stuttgart, 17. März 1920.  
An das deutsche Volk!

Arbeiter und Bürger in Stadt und Land! Der erste Sieg gegen die reaktionären Rebellen ist errungen. Rapp und Lüttwicz sind bedingungslos zurückgetreten. Sie erbigten wie besonnen mit einer Lüge. Die republikanische Regierung hat mit diesen Verbrechern weder verhandelt noch ihnen das geringste zugestanden. Keine Strafe ist für diese Hochverräter zu hart. Sie wird ihnen werden.

Rapp und Lüttwicz sind erlebte. Aber junkerliche und militarische Empfinden bedrohen noch immer den deutschen Volksstaat. Ihnen gilt der weitere Kampf, bis auch sie sich bedingungslos unterwerfen.

Für dieses große Ziel ist die republikanische Front noch enger und fester zu schließen. Der Generalstreik trifft bei längerer Dauer nicht nur die Hochverräter, sondern auch unsere eigene Kraft. Wir brauchen Kohlen und Brot zur Fortführung unseres schweren Kampfes gegen die alten Mächte. Deshalb Abbruch des Volkstreiks! Auf neue eingeleitet werden kann. Schärfer Kampf mit jeder Waffe gegen die Reaktion! Befreiung aller großen und kleinen Lüttwicz und militarischen und zivilen Verwaltungen. Das große Attentat auf die republikanischen Erzeugnisse soll diesen Erfolg haben: Festigung der Demokratie und Durchbringung der Republik mit sozialistischem Geiste. Auch die Sozialdemokratie!

Stuttgart am Abend des 17. März 1920.  
Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung.

### Der gescheiterte deutsch-nationale Staatsstreich.

Berlin, 17. März. In einer Lautbarung gibt Herr Rapp seinen Rücktritt bekannt und legt die vollziehende Gewalt in die Hände des Oberbefehlshabers zurück.

Was gestern stündlich zu erwarten stand, ist auch eingetroffen: die von Rapp und Lüttwicz geführte Staatsstreichbande ist mit ihrem schurkischen Unternehmen gescheitert. Sie ist gescheitert an dem machtvoll aufwallenden Widerstand der Arbeiterschaft, sie ist aber auch gescheitert an dem Widerstand des Teils des Bürgertums, das übergenug davon hat, sich von wahnwitzigen Militaristen und preußischen Junkern aufs neue unterjochen und in weiteres Unglück führen zu lassen. Die einmütige Ablehnung, die die Staatsstreichregierung durch die Regierungen der Einzelstaaten erfahren hat, der beinahe geschlossene Widerstand Süddeutschlands haben das Unternehmen der Rapp und Genossen niedergeworfen. Speziell Süddeutschland, unter der Führung der drei Koalitionsparteien, hat in diesem Falle eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Und bleibt uns das Reich erhalten, dann wird der Rappsche Streich die zentralistischen Hebereizer, der in manchen politischen Kreisen besteht, ein wenig abgekühlt haben. Auf die fernere innere Ausgestaltung des Reiches wird der Rappsche Staatsstreich nicht ohne Wirkung bleiben. Der Erfolg, der so rasch gegen die Staatsstreichbande eingetreten ist, ist auch zum guten Teil den Beamten zu verdanken, die in ihrer Mehrheit der Regierung die Treue bewahrt und Rapp und Genossen abgelehnt haben.

Die Staatsstreichler haben sich eben gründlich verrechnet. Sie glaubten, wenn ihnen in Berlin ein Handstreich gelinge, werde die Geschichte wieder wie am 9. November 1918 sich abspielen. Sie haben nur außer Acht gelassen, daß die Umwälzung vom 9. November die unausschießliche Wirkung des militärischen und politischen Zusammenbruchs sein mußte, also eine Notwendigkeit war, während ihr Unternehmen im strikten Gegensatz zu den Erfordernissen der Stunde und der wirtschaftlichen und politischen Situation stand. Diese preußischen Nachpolitiker und brutalen Gewaltmenschen sind immer noch die alten unfähigen Tröpfe — sie haben auch aus dem Kriege nichts gelernt und sie würden uns, das lehrt in furchtbarer Eindringlichkeit der preußisch-militaristisch-junkerliche Schurkenstreich gegen das deutsche Volk, abermals in neues Elend führen, wenn das deutsche Volk sie wieder aus Ruder lassen würde.

Insofern, also im Sinne dieser ersten Lehre, hat der Staatsstreich seine besondere Bedeutung, oder wie wir müssen diese Verfestigung enorm teuer bezahlen. Würde es uns gelingen, das Rappsche Abenteuer rasch und gut zu übersehen, könnte es zur Hebung unseres politischen Prestiges in der Welt sehr viel beitragen. Die großen Demokratien der Welt werden zu einem Teufelsland, das einen solchen reaktionären, militaristischen und monarchistischen Stolz zu parieren vermag, ganz anderes Vertrauen fassen können, als bei dem bisherigen Zustand der Ungelehrtheit. Aber, aber, noch steht nicht fest, wie wir die Folgen des Militärputsches übersehen werden. Dem politischen Radikalismus, der durch den Fanatismus und die Verantwortungslosigkeit geleitet wird, hat der militarische Putsch viel Wasser auf die Mühle geföhrt. Die ungeheure Demoralisation, die sich auch im politischen Leben geltend macht, verhindert die allgemeine Erkenntnis, daß Extreme nur ins Unglück, nicht aber zum Aufbau und zum Wohlstand führen. Und wie die Militärdiktatur während des Krieges und das wahnwitzige Warten eines entseelten Kapitalismus den Radikalismus reichlich genährt haben, und wie dann aus diesem ebenfalls seit Jahr und Tag tobenden Radikalismus wiederum die Reaktion Nutzen gezogen hat, so sind die Unabhängigen und Kommunisten unstreitig momentan die Ausnießer des Schurkenstreichs der Rapp und Lüttwicz.

Seit Monaten machten wir mit steigendem Nachdruck die Arbeiterschaft auf die nahe drohende reaktionäre Gefahr aufmerksam. Gerade der „Volkshfreund“ hat es an dieser Belehrung wirklich nicht fehlen lassen. Freilich, wir konnten es nur beschränkten Kreisen sagen, denn unsere radikalen Arbeiter lesen die „Vab. Presse“, ebenso der größte Teil des Bürgertums, das in seiner politischen Denkfähigkeit mitschuldig an dem Unglück ist, das durch die Rapp und Lüttwicz angerichtet worden ist. Unsere unabhängigen-kommunistischen Radikalen sind werden zwar wie besessen auf die verrottete kapitalistische Gesellschaft schimpfen und dann beim Monatswechsel brav und pünktlich für die „Vabische Presse“ oder Blätter ähnlichen Schlages das Abonnementgeld entrichten. Dabei werden sie noch das seit Sonnabend erscheinende Bürgertum sich daran stoßen werden, daß gerade die „Vabische Presse“ am Sonnabend durch sensationelle Aufmachung der Staatsstreichnachrichten ihrem kaum noch zu läugnenden Freunde über den Streich der Lüttwicz und Spitzgesellen Ausdruck verliehen hat. Wir bedauern, das in dem Augenblick sagen zu müssen, wo das Volk wehrlos ist, aber gesagt mußte es in dem allgemeinen Zusammenhang wer-

### Bedingungslose Unterwerfung?

Aus dem Telegramm ist nicht ersichtlich, ob mit Rapp auch die anderen Herrschaften das Spiel aufgegeben haben. Es ist durchaus möglich, daß namentlich die Militaristen die Herrschaft an sich zu reißen suchen. Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, haben auf Grund der im Reichstag geführten Verhandlungen Rapp und Lüttwicz, dieser nach langem Schwanken, sich zu bedingungsloser Rücktritt bereit erklärt und die Regierung an den Vizekanzler Schiffer übergeben. General Lüttwicz hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der Truppen übernommen. Früher waren die Unabhängigen Eshen und Baumig in der Reichsangelegenheiten erschienen und hatten namentlich in den Arbeitervierteln ausgerufenen Räte-republik ein Ultimatum überreicht, daß wenn bis 9 Uhr abends die Truppen nicht zurückgezogen seien, sie mit den bewaffneten Arbeitern zum Angriff schreiten würden. Unter dem Eindruck der Nachricht haben Rapp und Lüttwicz Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie.

### Die letzten Tage in Berlin. — Lubendorff und Bauer an der Arbeit.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Der Generalstreik wird in Berlin mit muster-gültiger Disziplin weiter durchgeführt. Der Verkehr ruht völlig. Auch die weidlichen Fußwege sind nicht zu sehen, alle großen Betriebe sind weiterhin geschlossen. Es ist eine Lüge, wenn von der Pressestelle des Herrn Rapp amtlich verbreitet wird, die Eisenbahnanlagen hätten beschlossen, den Streik aufzugeben, sie seien zu 90 Prozent bereit, den Verkehr wieder in Betrieb zu setzen, und ihr Streikkomitee sei desanvouiert worden. Die Eisenbahner beteiligen sich weiter geschlossen an dem Generalstreik. Nur wenn Hungernot in Berlin ausbrechen sollte, wollen sie zur Belieferung der Gewerkschaften einige Lebensmittelzüge fahren, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Verteilung durch die Gewerkschaften erfolgt und Sicherheit dafür gegeben ist, daß die Lebensmittel nicht in die Hände der neuen Machthaber in Berlin gelangen. Herr Rapp und seine Anhänger fühlen den Generalstreik auch dadurch, daß sie nicht in der Lage sind, in Berlin Plakate anzuflehen. Niemand steht ihnen frei, zum größten Teil zurückgezogen worden. Oberst Bauer, der neben Lubendorff der Militärdiktator ist, hat sie nach der Peripherie Berlins beordert, weil er von außen her den Anmarsch bewaffneter Arbeiter befürchtet. Auch in Berlin schreitet in den Arbeitervierteln die Besetzung der Arbeiter fort. Herr Rapp läßt durch Handgetel damit drohen, daß die Führer der Streikbewegung ebenso wie die Streikpolizei mit dem Tode bestraft würden. Eindruck hat diese Verordnung auf die Arbeiterschaft nicht gemacht. Während in den beiden ersten Tagen des monarchistisch-militaristischen Putsches die Berliner Bevölkerung wegen Unkenntnis der Sachlage in ihrem Urteil gespalten war, ist jetzt die Erbitterung gegen Herrn Rapp, abgesehen von alldeutschen militaristischen Schichten, einmütig. In allen Bevölkerungskreisen wird für das Unglück, das über Deutschland erneut gebracht worden ist, Herr Rapp und sein Anhang verantwortlich gemacht. Ganz in den Dienst Rapps hat sich der Berliner Sozialangeiger gestellt, der seit längerer Zeit von der Schwerindustrie ausgehalten wird.

### Die letzten Maßnahmen der Regierung.

Stuttgart, 18. März. Am Dienstag nachmittags 5 Uhr fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert eine Kabinettsitzung statt, an der auch die Vertreter der Regierungen von Württemberg, Preußen, Baden und Hessen teilnahmen. Anwesend waren außer dem Reichspräsidenten Reichsminister Bauer, die Reichsminister Kossel, Müller, Koch, David und Sell, von Württemberg Minister Dr. Wirth und Müller, von Hessen Ministerpräsident Ulrich und die Minister v. Brentano und Henrich, von Preußen Minister Heine und Braun. Ferner waren anwesend der Präsident und Vizepräsident der deutschen Nationalversammlung General Märker, der auf eigene Faust nach Berlin zu Rapp und Lüttwicz gefahren war, ist nach Stuttgart gekommen, um der Reichsregierung Vorschlag über seine Berliner Einbrüche zu halten. Er betonte ausdrücklich, daß er nicht als Unterhändler komme. Er wolle nur angeht die fürchterlichen Situation, in die Deutschland durch den Berliner Putsch geraten sei, zu gewissen Zugeständnissen raten, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das Kabinett erklärte nachdrücklich und einmütig, daß von einer Verhandlung irgendwelcher Art oder von einem Kommando mit den Berliner Rebellen keine Rede sein könne. Die Reichsregierung fordere den sofortigen und bedingungslosen Rücktritt Rapps, v. Lüttwicz

### Übernahme der militärischen Gewalt.

Berlin, 18. März. Auf Anordnung der alten Verfassungsmäßigen Regierung und des Reichswehrministers übernehme ich den Befehl über die Truppen im Bereiche des Wehrkreiskommandos I. Ich erwarte, daß die militärischen Gewalten im ersten Einvernehmen mit den rechtmäßigen Zivilbehörden und geführt auf die Mitarbeit aller besonnenen und vaterlandsliebenden Kreise der Bevölkerung für Ruhe und Ordnung im ganzen Bezirk sorgen und das Wirtschaftslieben wieder in Gang bringen werden. Die vom Reichspräsident Ebert am 13. Januar erlassene Verordnung für außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bleibt in Kraft.

Der Oberbefehlshaber Sedt, General.

Seite 8.  
Karlsruhe.  
Tanz.  
Direktor der...  
Friedrich...  
Opern...  
Herr Georg...  
Fräulein...  
Tanz...  
Rudolph...  
Saal...  
Nr. 3.50...  
Plätze...  
Donnerstag...  
Musikalien...  
Kaiser- und...  
Mertabend...  
10 1/2 Uhr...  
Programm...  
en. 661...  
Lührer...  
Franz...  
hr, findet...  
des...  
derei...  
Direktor...  
Opern...  
Herrn...  
Kapelle...  
Giments...  
ormusik...  
eder des...  
Familien...  
Frau...  
igen die...  
Durch...  
gen stud...  
na gegen...  
elhe des...  
zum Preis...  
öhrendle...  
z, nach-...  
Amalien...  
ist Ge-...  
geboten...  
bei Stras-...  
orgen zu...  
2230...  
Drei...  
Röcke...  
tauft...  
2115...  
haus...  
34. 1 Tr...  
talle...  
Bei, Messing...  
Schrot- und...  
minen, sowie...  
Einrichtungen...  
2092...  
ein...  
Teleph. 348...  
unionhut...  
ufen. 2282...  
Da, Seiten...  
recht...  
ch & C...  
ffen: ...  
ggon...  
er...  
ch & C...

ten...  
in...  
ab...  
Die...  
er...  
ht...  
te...  
em...  
m







ber, so können aus Millionen Mitgliedern der Partei die besten Leute herausgeholt werden, die für die deutsche Sache zu kämpfen haben. Das ist die Aufgabe der Partei, die sie zu erfüllen hat. Die Partei muss die besten Leute herausheben, die für die deutsche Sache zu kämpfen haben. Das ist die Aufgabe der Partei, die sie zu erfüllen hat.

### Badischer Landtag.

24. öffentliche Sitzung.

#### Eine Erklärung des Ministers Memmele und der Parteiführer zur politischen Situation.

gr. Karlsruhe, 17. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr. Eingegangen ist ein Antrag der Abg. Köhler (Soz.) u. Gen. über den Unterschied zwischen den Höchstpreisen von Traubenweinen und den Höchstpreisen von Staatsweinen zu veranlassen. Ferner ging ein Antrag der Abg. Seubert (Ztr.) um Erhöhung der Renten der Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71, ein Antrag Spang (Ztr.) gegen Aufkauf und Verjährung von Pfänden und ein Antrag Mayer-Karlruhe (D.R.) auf Aufhebung der Zensur.

#### Unterrichtsbudget.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion werden die Unterhaltungen über die Eingriffe in das Berufsleben dem Haushaltsausschuss überwiesen. Der Nachtragsetat des Unterrichtswesens wird einstimmig angenommen.

#### Außerhalb der Tagesordnung folgt eine

#### Erklärung des Ministers Memmele:

Ich bin gebeten worden, über die Lage im badischen Land hier einige Ausführungen zu machen. Vorherstern war ich in der Lage zu berichten, daß uns als ruhig und konstant angesehen werden können, daß allerdings Beschwerden im Gange seien, Waffen der Einwohnern in den Besitz von Arbeitern, Arbeiterwehren und Arbeiterkassernen zu bekommen. Ich habe daran die Erklärung geschickt, daß die Regierung beschloßen hat, anzuerkennen, daß die Arbeiter in den Fabriken zur Wehre eines reaktionären Bundes des Rechts sich legitimiert organisieren, daß in der Stunde der Gefahr die Regierung von den Waffen, die sie besitzt und die von den Einwohnern bewahrt werden, an die Arbeiterwehren abgeben würde. Die Regierung hat die Absicht, solche Arbeiter, die auf dem Boden der Verfassung stehen und die gemäß sind, die Republik zu schützen, an unsere Einwohnern zu anzugliedern. Ich habe in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß die linksorientierten Kreise der Regierung in Land und Reich als das kleinere Übel angesehen.

Seit vorgestern haben sich im Lande folgende Vorläufe ereignet. Eine größere Anzahl von Bürger und Arbeitervereinigungen haben am gestrigen Tag in Ausbungen sich absatz auf den Boden der Verfassung gestellt und den Willen ausgesprochen unter allen Umständen die Regierung zu schützen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Bravo.) Solche Kundgebungen kommen aus dem Schwarzwald, vom Oberrhein, und aus der Oberrheinregion, auch haben Behörden, Bürgermeistern der gleichen Willen ausgesprochen. Auch vom Oberrhein sind derartige Mitteilungen an uns gelangt.

Eingegangen haben am gestrigen Tage an verschiedenen Stellen des Landes linksorientierte Arbeitergruppen, Kommunisten und unabhängige den Versuch gemacht, die Regierung zu drängen, von ihrem Standpunkt, keine Waffen abzugeben, abzugeben. Ich habe im Namen der Regierung, deren Mitglieder gestern meist in Stuttgart waren, erklärt, daß die badische Regierung nicht in der Lage sei, von ihrem Standpunkt abzugeben, daß wir nach wie vor getreue sind, die Republik zu schützen, und daß wir auch bereit seien, die Hilfe der linksorientierten Arbeiter entgegenzunehmen, wenn es gilt, nach rechts hin die Abwehr in die Wege zu leiten. Daraufhin haben einzelne Deputierte von Karlsruhe, Rastatt und Mannheim versucht, uns die Wille auf die Brust zu legen, indem sie eine größere Anzahl Arbeiter vor das Ministerium des Innern führten und dort etwa zwei Stunden Krawall machten. Wir haben uns ruhig verhalten und sind im Gebäude geblieben. Der Anlauf ist glücklich nach Eintritt der Dunkelheit auseinandergegangen.

#### In Freiburg

war schon am Samstag erichtlich, daß die Vereinstreue, die die Republik zu schützen, bei den Kommunisten nur Rital zum Zweck war. Gestern mußten die Kommunisten aus der Gewerbeschule gewaltsam entfernt werden, nachdem sie sich in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in den Besitz von 60 Gewehren gesetzt hatten. Die Entfernung der Kommunisten aus der Gewerbeschule ging glücklicherweise ohne Verletzung vor sich. Heute nacht haben Störenfriede unter Führung von Kom-

und auf private Stiftungen angewiesen. Eine derartige Stiftung ist nun an der Universität Heidelberg der Biochemie angefallen, einer Wissenschaft, deren Förderung um so dringlicher ist, als sie sich eine ihrer Bedeutung und ihren Leistungen entsprechende selbständige Stellung an den meisten deutschen Universitäten noch nicht hat erringen können. Herr Fritz Wehringer in Wiesbaden hat der Universität zur Gründung eines Institutes zur Erforschung der Eiweißstoffe eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt.

Die Frage nach der chemischen Natur dieser Stoffe steht im Mittelpunkt der Lehre von der Ernährung des Menschen und der Tiere. An diese Substanzen sind die Lebensvorgänge geknüpft, sie bilden die wichtigsten Bestandteile unserer Nahrung. Eine Einsicht in ihr chemisches Wesen ist die einzige Grundlage für ihre zweckmäßige Verwendung im Haushalt und in der Industrie. Wissenschaftliche Arbeiten in dieser Richtung sind durch die Tätigkeit deutscher Chemiker und Physiologen angebahnt und man darf von ihrer Fortsetzung reichen Gewinn erwarten für Medizin und Landwirtschaft, neue Anregungen für die Wirtschaft und Konserverierung der Nahrungsmittel und Futtermittel, für die Erschließung neuer Quellen der Ernährung, für unerschöpfliche technische Betriebe, die in der Verarbeitung der Eiweißstoffe bestehen. — Wolle, Seide und Leder sind Stoffe eiweißhaltiger Natur.

Die neue Forschungsanstalt trägt den Namen „Institut für Eiweißforschung“ und ist zunächst an das physiologische Institut der Universität Heidelberg angegliedert. Nach dem Willen des Stifters ist sie der Leitung des Geh. Rat Professor Dr. Albrecht Kossel, von dem die Anregung zur Gründung der Forschungsanstalt ausgegangen ist, unterstellt. Ihre Verwaltung steht unter dem badischen Kultusministerium und wird von einem Kuratorium geführt.

#### Badisches Landesheater.

Die Ideen des März, die noch nicht vorüber sind, besetzten uns am Landesheater Meyerbeers „Hugenotten“. Man hat reichlich über das Hauptwerk des großen Effektkomponisten geschimpft; und doch klingt aus der Meyerbeer'schen Musik eine gewisse ernste und ernst zu nehmende Begeisterung. Wie ist z. B. die Einfügung des Antichorsals geschmacklos! Trotzdem aber

munisten den Versuch gemacht, eine Kaserne in der Waffenkammer, anzugreifen und die Waffen in ihren Besitz zu bringen. Es wurde Polizei aufgeschoben, um die Kaserne zu schützen. Die Polizei wurde empfangen mit dem Ruf einer Handgranate, wobei ein Schußmann tot blieb. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, die Schutzmannschaft zog sich zurück nach dem Bezirksamt, wobei es eine Reihe von schweren Verletzungen gegeben haben soll. Man spricht von drei oder vier Toten und 15 Schwerverwundeten. Ich muß erklären, daß die Zahl dieser Toten und Verwundeten auf Konto derjenigen fällt, die noch getrennt den Mut hatten, der Regierung zu erklären, die Republik zu schützen zu wollen, auf das Konto der Kommunisten und der ihnen nahestehenden Kreise. (Sehr richtig im Zentrum.)

So lehnt die Regierung, und das muß sie tun, jede Verantwortung vor dem Lande ab für die Opfer, die es in Freiburg gegeben hat. Im Ministerium des Innern waren nun Unterhandlungen wegen Uebergabe von Waffen in die Hände der Betriebsräte. In den großen Fabriken in Mannheim und Karlsruhe werden jenen, revolutionäre Betriebsräte gewählt. Die gesamte Arbeitererschaft ist voller Aufregung. In einer Fabrik wird bereits passive Resistenz geübt, in anderen wird zum Streik aufgefordert, solange bis die Regierung sich bereit erklärt, Waffen in die Hände der Betriebsräte zu geben. Diese Betriebsräte haben nichts mit den gewöhnlich zu wählenden Betriebsräten zu tun (Sehr richtig), sondern es sollen revolutionäre Betriebsräte sein. Nach diesen Reden müssen wir es ablehnen, weiterhin die Hilfe der Kommunisten und der ihnen nahestehenden Kreise um Schutz der Republik anzunehmen, selbst für den Fall, daß die Rechte uns angeht. Wir werden

#### nach zwei Fronten

kämpfen. Ich habe den Glauben, daß die Mehrheit des badischen Volkes hinter der Regierung stehen und die kommenden schweren Tage helfen wird zu überwinden. Leider bekommen die linksorientierten Kreise unseres Landes immer Agitationsmaterial in die Hand. Gestern haben Arbeiter in

#### Gaggenau

ein Maschinengewehr und Handgranaten im Hause eines Herrn aufgefunden, in einem anderen Hause haben sie ein schweres Maschinengewehr und 70 Pistolen beschlagnahmt. (Große Bewegung.) Es handelt sich hier um hochgestellte Herren. Ich habe heute früh den Verhaftungsbeehl unterschrieben gegen die, welche dort Waffen im Besitz haben. Weiter habe ich die Durchsuchung von Wohnungen, Villen und Fabriken in Gaggenau und Gernsbach angeordnet. Die Regierung hat den Willen, auch nach Rechts mit aller Schärfe vorzugehen, und vor dem Lande zu bekunden, daß niemand ein Recht hat, Waffen und schwere Waffen in seinem Privatbesitz zu haben. (Beifall.) Ich bedauere, das feststellen zu müssen, muß es aber feststellen, weil die linksorientierten Arbeiter sonst die Möglichkeit haben, irrezuführen und zu sagen: Gegen die Reaktionäre wird nichts unternommen. Ich bedauere, daß gebildete Kreise unseres Volkes der Verantwortung sich nicht bewußt sind, wenn sie der Regierung in dieser Weise Schwierigkeiten bereiten. Das Bataillon Konstantz ist zum Schutze der Reichsnationalversammlung nach Ludwigsburg abtransportiert worden. Die Reichswehr hat durch den Mund ihrer Offiziere der Regierung und der Reichsregierung ihre Ergebenheit bekundet. Aus den

#### Kreisen der Soldaten

kommen fortgesetzt Anforderungen an uns, bei ihnen zu erscheinen und über die Situation zu sprechen, da sie vor dem Lande nicht angesehen werden möchten als Leute, die der Verfassung und der Regierung nicht treu sind. (Beifall.) Der Staatspräsident und Staatsräte, beides von den Vertretern der Sozialdemokratie und der Unabhängigen waren gestern früh in der Kaserne des 118er Regiments, um mit den Soldaten und Offizieren zu sprechen. Der Führer des 118er-Regiments, Oberst Steinwachs, läßt durch meinen Mund vor dem Lande aussprechen, daß nicht erst seit heute und gestern die Reichswehr in Baden sich absolut auf den Boden der Verfassung stellt und sich zum Schutze der Regierung bereit hält, sondern daß sie von der ersten Minute ab scharf ihre Stellung gegenüber den Hochverrätern in Berlin abgegrenzt hat. (Beifall.) Insbesondere die Soldaten wünschen, daß sie auf den Straßen nicht beleidigt und beschimpft werden. Das vertagt niemand, der ein ehrliches Herz im Busen trägt. (Sehr richtig!) Für die Soldaten, die in Berlin begangen worden sind, können unsere Soldaten nichts. Sie sind gewillt, zu folgen, wenn sie gerufen werden. Das Volk soll wissen, daß die Soldaten Republikaner sind und ich möchte bitten, daß die Abgeord-

ann an dieser Stelle kein Zweifel über die Absicht bestehen, etwas wirklich Koetisches zu gestalten. Und das sollte nicht vergessen werden! Wie auch die nicht geringen Erfolge seiner Werke nicht, was allein dem dem herangehenden selbst in Paris nicht zu geistigen. Aber seine Werke werden bald von der Bühne verschwinden sein; und das ist gut so. Das italienische, französische und Deutsche hat er in seinen Werken aneinandergerichtet, nicht zur Stilleinigkeit verkommen. Und: wer vieles bringt, wird manchmal etwas bringen: Seine Werke haben die Welt beherrscht. Doch ernsthaft reine Kunst bietet er nicht, so wenig wie wahrhaft originale. Und deshalb: reißt ihn möglichst bald der Geschichte ein!

Die Aufführung entsprach nur im Orchester unter Alfred Lorenz liebevollen Leitung allen Anforderungen. Auf den Brettern waren die Kampfszenen um allzu operettenhaft. Im großen Ganzen hielten sich die Chöre gut. Von den Partistellen stand mit an erster Stelle Marie von Ernst als Königin; mit ihrer, wie ein edles Instrument behandelten Stimme erzielte sie auf offener Szene begeisterten Beifall. Ganz hervorragend im Spiel wie im Gesang war Rudolf Wald-Motta als Rebers. Ueber die Aufführung des „Nachtlagers“ konnten wir leider noch nicht berichten; was wir aber hier wieder von dem Künstler sehen, gibt uns allen Anlaß, der Leistung die weitere Verpflichtung dieses wertvollen Sängers ans Herz zu legen. Der finstere St. Eric ist stets eine Meisterleistung von Max Wittner. Seine Tochter Valentine wurde von Hedv. Tracena-Brügelmann, annehmend nach recht langer und nicht in Ermüdung gegangener Pause, ansprechend gesungen. Eine Prachtfigur war der kernige Marcel Karl Giesens, entschieden seine beste Partie, mit der er feinsten auch die Karlsruher für sein Engagement gewann. Elisabeth Friedrich sang den Ragen mit feinsten Konzeption. So gut Franz Scherzer auch die Regitative zur Wiedergabe bringt, — der Raoul verlangt doch eine andere Gesangsbehandlung; leider betrat noch eine Indisposition manchem Tone den Weg ins Freie. Das temperamentvolle Spiel aber half über manches hinweg. — Und wie ein Sang aus besseren Zeiten Karlsruher Opernlust hätte uns manchem Akt die uns unruhigende Stimme Hans Buffards entgegen ...

neten nach dieser Richtung tätig sind, damit die Einheitsfront des Landes gewahrt werden kann. Was ich von unserem Militär zu sagen habe, gilt auch von unserer Polizeitruppe mit einer Einschränkung, über die ich heute nicht sprechen will. Ich muß vom Hohen Hause, ehe der Etat genehmigt ist, die Zustimmung erbitten, die Caters aufstellen zu dürfen, die notwendig sind. Die Sicherheit verlangt, daß wir ihre Zahl auf 3000 hinaufführen.

Was von der Sicherheitspolizei und Militär gesagt wurde, gilt auch von der Gendarmerie und Polizei. Ich möchte die Erwartung aussprechen, daß, wenn stürmische Tage kommen sollten, die Polizeimannschaft die Herzen nicht berührt und das tut, was im Befehl geschrieben steht. Die letzten Nachrichten aus Berlin lauten dahin, daß die sogenannte Regierung Kapp von der Bildfläche verschwunden ist, sie hat heute Nacht versucht.

#### Gnade und Amnestie

zu verlangen. (Rufe: An die Wand!) Die süddeutschen Regierungen beschloßen, der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt zu vertreten, daß davon keine Rede sein kann. (Sehr gut!) Das Chaos im Reich ist derart groß, wir können es zur Stunde nicht übersehen. Die Gerechtigkeit muß ihren Weg gehen und die Menschen, die uns aufs neue zurückgeworfen haben, wirtschaftlich und politisch, die uns gezwungen, daß Blut geflossen ist und noch fließen wird, diese Menschen haben kein Recht, Amnestie für ihre Tat zu erhalten. (Beifall.) Sehr richtig! auf fast allen Banken. Wenn die Leute abgetreten sind, dann sollten sie den Mut finden, mit ihrem Leben einzustehen für ihre Handlungen; wenn sie den Mut nicht haben, dann sollen sie als Festlinge ihre Schuld bezahlen. Wir werden uns bemühen, Herzen zu erhalten und Ruhe, so lange es geht (Bravo!). Wenn es sein muß, und wenn wir bedrängt werden, werden wir uns zu wehren wissen. (Beif. Beifall.)

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt hierzu: Wir stehen an den Ideen des März, die immer kritische Tage waren und ansehend auch in unserem Jahrhundert sind. Die Erklärung läßt erkennen, daß wir einen zielstrebigen, klar denkenden Minister haben. (Beifall.) Die Art und Weise, wie der Minister handelt, hat die restlose Zustimmung der Zentrumskommunisten und auch des Volkes draußen. Wir danken unseren Soldaten, unserer Polizei, der Gendarmerie und der Sicherheitswehr. Sie hat dem Reineid auf der einen Seite die Treue entgegengebracht. Das ist deutsche Art und Christentum. Sie erwarten sich Dank um Verfassung und Regierung, Volk und Vaterland, Witwen und Waisen der Hinterbliebenen. Wir wollen zusammenstehen um Vaterland und Ordnung zu schützen. (Beifall.)

#### Abg. Marum (Soz.):

Auch wir billigen die Stellungnahme des Ministers im vollen Umfange und haben das Vertrauen zu ihm, daß er das Land durch die Fährnisse hindurch leitet. So bedauerlich Gewaltanwendung ist: gegen Gewalt gibt es nur Gewalt. Die fürchterlichen Zustände fallen auf diejenigen zurück, die uns in diese Lage brachten. Wir hätten nicht die neuerlichen Versuche der Kommunisten, wenn nicht zuvor die

#### preussischen Junker

sich angemahnt hätten, die Nacht zurückzuerobern. Es handelt sich hier nicht allein um Berlin, sondern um den letzten Versuch der preussischen Junker und Militäraristokratie, ihre verlorene Position zurückzuerobern. Deshalb müssen alle Parteien den Angriff auf die Demokratie zurückweisen. Reicht nichts von Gnade und Amnestie. Sie würden auch uns gegenüber keine Gnade üben. Der

#### weiße Schreden,

den sie in Schlesien und Pommern ausüben, gibt Klarheit, was sie machen würden, wenn sie Herren in Deutschland wären. Bei ihnen würde man nichts von Amnestie und Gnade hören.

#### Die Gerechtigkeit

muß ihren Lauf nehmen. Wir könnten es nicht verantworten, scharf gegen links zu sein und milde gegen rechts. Den Soldaten unserer Reichswehr, den Schutzleuten, der Sicherheitswehr und der Gendarmerie danken wir für ihre Treue. Die Männer, die bei uns als Soldaten in Betracht kommen, sind Landesfinder und die Offiziere Süddeutsche, die sich mit uns als Volksgenossen fühlen und keine reaktionären Junker sind. Sind wir einig und fest, so führen wir den Kampf siegreich zu Ende. (Beifall.)

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) Auch wir sprechen dem Minister unsere volle Zustimmung aus. Auch wir sind der Ansicht, daß gegenüber dem freibehaftigen Beginnen mit äußerster Strenge aber mit Gerechtigkeit durchgegriffen werden muß. Wir danken den Truppen. Für die Hinterbliebenen der Gefallenen muß in bester Weise gesorgt werden. (Beifall.)

Abg. Habermehl (D.R.) erklärt, daß er der vorgestrichenen Erklärung seiner Fraktion nichts hinzuzufügen habe. Wir verwerfen jede gewalttätige Handlung. Wir wünschen durch ruhige Arbeit unser Volk zur Befreiung zu führen und verwerten es, wenn durch Berlin Unruhe in unser Volk kommt.

Präsident Kopf stellt fest, daß die Parteien hinter der Regierung stehen und wünscht, daß dies für alle Zeiten bleibt. Das Haus spricht den Angehörigen der Opfer die für das Vaterland farbten, aufrichtiges Beileid aus. (Zustimmung.)

Ueber die Abänderung des Verwaltungsgebührengesetzes berichtet Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.), der namens der Kommission Annahme des Gesetzes beantragt, das die Jagdgebühren erhöht. — Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Duffner (Ztr.), Köhler (Dem.) und Wehner (Soz.) wird der Gesetzentwurf samt Antrag Duffner angenommen.

Ueber die Abänderung des Jagdgesetzes berichtet Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.), der namens der Kommission Annahme beantragt. Nach zustimmenden Bemerkungen des Abg. Duffner (Ztr.) wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

#### In Fortsetzung der

#### Eingelberatung des Etats

berichtet namens der Kommission Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) über das Budget des Ministeriums des Innern, dessen Annahme er beantragt, ebenso wie die Annahme eines Antrags des Ausschusses, die Verteilung des Brennstoffes in der Folge den einzelnen Ländern anheimzugeben. Der Etat wird einstimmig angenommen.

Ueber das Budget des Arbeitsministeriums berichtet Abg. Dr. Glöckner (Dem.) und beantragt namens des Ausschusses dessen Annahme. Der Etat des Arbeitsministeriums wird einstimmig angenommen.

Damit ist der 7. Nachtrag völlig angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 4 Uhr. — Tagesordnung: Abänderung des Kirchensteuergesetzes. Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Unterrichts

die Ein

ihre am

alten liegt

in Ge

berfassung

lichen Ver

ihre am

weise be

finden

den tro

genblick

ste. Im

nt wieder

frachen,

die lo

erene

nt, mich

ertrifft

erwies

ie er

fühl er

de d

Glau

ttwesen,

onst be

ast.

gg-

iffe der

gewirkt.

ismittel

laborat

ischland

er einer

nd viel

inferem

weiter

e Ver

ndung

is, un

nter

nter

nter

nter

nter

nter

nter



Nachmittags-Sitzung.

Präsident Kuff eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr.
Abänderung des Ortskirchen- und Landeskirchensteuergesetzes.
Abg. Mayer-Karlruhe (D.N.) berichtet namens des Verfassungsausschusses über das Gesetz, das bei den Wahlen für die Religionsgesellschaften die Möglichkeit zur Durchführung der jetzigen Wahlrechtsbestimmungen schaffen will und den Kirchen eine wesentliche Erhöhung der Kirchensteuer ermöglicht. Der Ausschuss beantragt Annahme des Gesetzes.
Abg. Schell (Str.) stimmt dem Gesetze zu und geht auf das kirchliche Stiftungswesen ein, das gegenwärtig ein sehr schlechtes Aussehen hat.
Abg. Marum (Soz.): Wir hatten in der Kommission einen Antrag eingebracht mit dem Zweck, die Steuererhöhung überhaupt aufzuheben; doch ist der Antrag in der Kommission gegen unsere Stimmen gefallen. Wir haben ihn nicht wiederholt, weil die Regelung der Steuer hinreichend ist, daß die Kirche alle ihre Bedürfnisse ohne Staatshilfe erfüllen kann. Da wir dieser Tendenz zustimmen, geben wir dem ganzen Gesetz unsere Zustimmung.
Nach weiteren zustimmenden Bemerkungen der Abgg. Kolbmann (Dem.) und Karl (D.N.) wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.
Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr.
Tagesordnung: Gesetzentwürfe.
Schluß der Sitzung: 4.50 Uhr.

Der Ausschuss für Staatsvereinfachung hat sich in der gestrigen Landtags-Sitzung gebildet und setzt sich wie folgt zusammen: Vom Zentrum die Abgg. Wiedemann und Straub, von den Sozialdemokraten die Abgg. Marum und Raier-Heidelberg (Stellw. Abg. Marzloff und Weismann); von den Demokraten die Abgg. Dietrich und Glodner; von den Deutschnationalen Abg. Mayer-Karlruhe.

Baden gegen die Gegenrevolution.

Der Dienstag, der Tag des Generalfreikampfs, war ein Tag des Protestes gegen die Berliner Verbrechen im ganzen Lande. Mit außerordentlicher Geschlossenheit und Entschlossenheit wurden in allen Städten des Landes, ja selbst in kleinen Orten mit geringer Industrie die Parole des Tages: Allgemeine Arbeitsruhe durchgeführt und befolgt. Einmütig und geschlossen stand an diesem Tage die gesamte freischaffende Arbeiterkraft und auch das Völkerverständnis zusammen, um die Republik und die Verfassung gegen den Berliner Staatsstreich zu schützen. In wichtigen Kundgebungen, Versammlungen und Umzügen wurde dokumentiert, daß der weitaus größte Teil des badischen Volkes hinter der verfassungsmäßigen Regierung steht und etwaigen Plänen wädlicher Stupide entschieden Widerstand leisten wird. In den angenommenen Resolutionen wurde ausgesprochen, daß die Arbeiterkraft und das auf dem Boden der Republik stehende Bürgertum fest hinter der badischen Volksregierung steht und die Republik gegen jeden Angriff zu schützen und verteidigen gewillt ist. Nachrichten bringen wir eine Anzahl Nachrichten, die uns über den Verlauf der Kundgebungen und des Generalfreikampfs zugegangen sind.

Freiburg, 14. März. Hier hat sich ein gemeinsamer Aktionsausschuss der drei linksstehenden Parteien (Rechtssozialdemokratie, Unabhängige Sozialisten und Kommunisten) gebildet. Derselbe tagt in Permanenz und hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle gegenrevolutionären Maßnahmen in Freiburg zu überwachen und im Notfall die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auf Antrag der Vertreter der Arbeiterkraft sind sämtliche Waffen der Einwohnerwehr der Stützpunkt-Kompanie zur Bewachung anvertraut worden. Wie wir weiter hören, hat der Kommandant der hiesigen Einwohnerwehr, Herr Major Knecht, in Gegenwart des Landeskommissars und den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien, darunter der Abg. Königsberger und Niedmiller, zu Protokoll gegeben, daß er seinen Verpflichtungen auf dem Boden der jetzigen Verfassung treu zu bleiben gedenke.

Gestern Sonntag fand eine Waffenversammlung der drei linksstehenden Parteien in der Festhalle statt. Es sprachen Gen. Zumbel für die Rechtssozialdemokratie, und für die Unabhängigen und Friedl im Namen der Kommunisten. Sämtliche Redner betonten die Ansicht, daß man allen reaktionären Bestrebungen und etwaigen Vorkäufen entgegenzutreten werde. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Demonstrationszug, an dem etwa 2000 Personen sich beteiligten und welcher einen ruhigen Verlauf nahm.

Freiburg, 17. März. Die Arbeitsruhe am gestrigen Tage war eine vollständige. Alle gewerblichen Betriebe, einschließlich der Wirtschaften und Kaffeehäuser blieben geschlossen, auch der Straßenbahnverkehr ruhte vollständig. Unter gewaltiger Beteiligung fanden Demonstrationen statt. Die Kommunisten riefen nun den Augenblick für gekommen, um den vor einigen Tagen, anlässlich des stuppigen Putzbeschlusses, erklärt zu erklären und an seine Stelle einen revolutionären Arbeiterrat zu setzen. Unter den aufgestellten radikalen Forderungen befindet sich u. a. das Verlangen nach sofortigem Anschluß an die russische Sowjet-Republik. Das kommunistische Aktionsprogramm wurde dem Landeskommissar unterbreitet, der es jedoch nach telegraphischer Rücksprache mit der Regierung in Karlsruhe ablehnte.

Mannheim, 15. März. Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Am Sonntag hielten die Unabhängigen eine Versammlung ab, in welcher sie beschlossen, den jetzigen Zeitpunkt zur Einführung der Räterepublik zu benutzen und die Entlassung der Einwohnerwehr zu erzwingen. Sicherheits- und Einwohnerwehr stehen hinter der Regierung.
Heidelberg, 15. März. Am heutigen Tag war hier eine tiefenversammlung, wie sie Heidelberg noch nicht gesehen hat. Daran anschließend fand eine Demonstration statt, die ca. 2000 Teilnehmer zählte. Es sprachen die Abg. Dr. Kraus und Stöck. Eine Resolution, in der der badischen und deutschen Regierung volles Vertrauen ausgesprochen und schärfstes Vorgehen mit allen Mitteln gegen die Berliner Futschisten verlangt wird, wurde angenommen.

Konstanz, 15. März. Hier hat sich ein Aktionskomitee der Rechtssozialisten und Unabhängigen gebildet, dem auch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden angehören und die die Aufrechterhaltung der Ordnung sowie die Unterstützung der Reichsregierung Ober-Bauer bezieht. Der Kommandant des hiesigen Reichsjägerbataillons erklärte, daß er gemäß dem Befehle seiner übergeordneten Dienststellen die badische Regierung und ihre Anordnungen unterstützen werde.

Die Staatsarbeiter und Beamten geschlossen gegen die Reaktion.

Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals, der badische Eisenbahnerverband und der Beamtenbund hatten am 15. März in einer sehr stark besuchten Versammlung in dem großen Festsaal zu den reaktionären Vorgängen Stellung genommen. Als 1. Redner legte Gauleiter Schneider R. d. D. B. den Ernst der Situation für die Arbeiter- und Beamenschaft dar. Not und jahrelange Entbehrungen hat das Personal insbesondere durch den Krieg, an welchem diese reaktionären Pu-

schisten ein Hauptschuldkonto haben, getragen. Im Vorjahre waren diese Herrschaften wirklich ins Maul geschlagen. Große Gefahr ist im Verzug. Die Republik mit verfassungsmäßigen Rechten, Koalitionsrecht, Streikrecht, der Achtungstag steht auf dem Spiel. Diese historische Stunde fordert Klar und wahr denken. Die Geschlossenheit sei ein Gebot der Stunde. Der Kampf dürfe nicht gegen den Massenmenschen — sondern müsse gegen den gemeinsamen Feind gerichtet werden. Zwar haben wir Anforderungen auch an die badische Regierung zu stellen, doch einzig unterstützen wir dieselbe gegen die Eroberungs- und Gewalttätigkeiten. Der Kampf geht gegen die Unterdrückungsgeister der Berliner Reaktion. Wir kämpfen für unsere Zukunft, für Menschenrechte, für Menschenwürde. Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Es sprachen weiter Sekretär Kümmele vom badischen Verband und Herr Verbandsdirektor Weiler vom Beamtenbund. Auch diese Redner erzielten starken Beifall. Herr Weiler unterbreitete der Versammlung nachstehende Resolution, die einstimmig Annahme fand:
„Die badischen Staatsarbeiter und Beamten sind entschlossen, der Verfassung unbedingte Achtung zu verschaffen. Sie werden jede gewalttätige Aenderung derselben. Aus diesem Grunde verurteilen sie jeden Versuch der Reaktion, auf dem Wege der Gewalt die jetzige freiheitliche Verfassung aufzuheben, die badischen Staatsarbeiter und Beamten werden der verfassungsmäßigen Regierung die Treue halten und sie in allen Maßnahmen voll und ganz unterstützen, die notwendig sind, um den gewaltsamen Sturz der Regierung oder die gewalttätige Aufhebung der Verfassung zu verhindern.“

Aus dem Lande.

1. Gagsfeld, 16. März. Fort mit Schanden! Wie uns von unterirdischer Seite mitgeteilt wird, hat sich dieser Tage der hiesige Militärverein aufgelöst. Wir begrüßen diese Auflösung mit großer Befriedigung, denn diese Ueberbleibsel aus der alten militärischen Zeit haben heutzutage keine Existenz- und Daseinsberechtigung mehr, sie haben sich überlebt. Es gereicht unserm Arbeiterort zur Ehre, daß hier der erste Schritt geteilt zur Beseitigung dieser alten Keimstätte des Militarismus. Die Reaktion hatte nur zu oft in diesen Vereinen ihre Stütze. Wir rufen den Mitgliedern, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, wo sie auch die Tugenden der Kameradschaftlichkeit und Solidarität üben können, allerdings in bestem und schönem Sinne als es in diesen Militärvereinen der Fall war. Die Vereinskasse wurde unter den Mitgliedern verteilt; was der Steigerer mit dem Requisit anfangen will, wissen wir nicht. Das Vorgehen der hiesigen Militärvereiner kann aber alleits empfohlen werden.

Freiburg, 13. März. Auf der Reichshofstraße wurde ein auswärtiger Kaufmann von etwa acht Burschen angegriffen und bedrängt. Sie raubten ihm seine Burschenschaft in Höhe von 8000 M.

Neersburg, 13. März. Hier haben sich am letzten Sonntag drei Dichter der Familie Lehmann aus Kirchheim in Pfaffen-Kassau mit drei Söhnen der Familie Mayer von hier befehligt. Die drei Schwestern einer Familie drei Brüder einer anderen betrauten, dürfte wohl zu den größten Seltenheiten gehören.

Kollnau, 13. März. In einem Hause auf der Reulensinsel spielte ein Kind unbeaufsichtigt mit Feuer. Dabei fing ein Kleider des Kindes Feuer und der vierjährige Kleine erlitt schwere Brandwunden.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 18. März.

Waffen und Betriebsräte.

Die Unabhängigen und Kommunisten schreien nach Waffen und berufen, sogenannte revolutionäre Betriebsräte einzusetzen zu lassen. In der begreiflichen Erregung über den Streich der Kapp- und Lütkinghände und in Erinnerung an das Auftreten der deutschnationalen Gegenrevolution haben sich auch Arbeiter von der Forderung der Radikalen belären lassen, die sonst vernünftig und ruhig zu denken geneigt sind. Wir haben gestern dargelegt, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß die Waffen in Betriebsdeposits wandern; sie müssen in fester Verwahrung der Regierung bleiben, die vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragen ist. Jede Konzeption an die Forderung der links-extremen Parteien wäre verhängnisvoll. Der Vorgang in Freiburg wie anderwärts beweist, daß die Kommunisten die Waffen zur rücksichtslosen Durchführung ihrer Ziele haben wollen. Das ist begreiflich von ihrem Standpunkt aus, aber es ist selbstverständlich vom Standpunkte der Sozialdemokratie, daß wir nicht die Hand dazu bieten, dürfen, die kommunistischen Bestrebungen zu fördern. Die Unabhängigen lassen keinen Zweifel daran übrig, daß sie die Waffen nicht zum Schutze der Republik und der Demokratie, sondern zur Erringung der Räterepublik wollen. Da können wir Sozialdemokraten nicht mehr mitmachen. Während die Kommunisten die Demonstrationen gegen die Reaktion planmäßig zu fördern versucht haben, ist bei den Unabhängigen immer deutlicher sichtbar, daß sie nur zum Schein auf die Gemeinamkeit der Abwehraktion eingegangen sind. Der eine oder andere unter ihnen wäre bereit, Sonderbestrebungen in diesen Stunden der Gefahr zurückzuführen, die Mehrheit jedoch nicht. Darum dürfen sich ehrlicher- und vernünftigerweise die sozialdemokratischen Arbeiter nicht auf die Forderung der Unabhängigen und Kommunisten einlassen in der Bewaffnungsfrage. Waffen wird nur erhalten in der Stunde der Gefahr, wer ehrlich auf dem Boden der Demokratie und treu hinter der Regierung steht. Darum richten wir im Interesse der Arbeiterfrage den dringenden Appell an unsere Arbeiter, nimm mehr den Bestrebungen der Unabhängigen und Kommunisten kein Gehör mehr zu schenken. Genau so steht es mit der Wahl sogenannter revolutionärer Betriebsräte. Auch hier sind die Bestrebungen der beiden radikalen Gruppen strikte abzulehnen. Politisch wird die sozialdemokratische Partei, in allen Wirtschaftsfragen werden die gewerkschaftlichen Organisationen planmäßig schon das nötige veranlassen und der Arbeiterkraft unterstützen. Also: Selbständigkeit des Urteils, Besonnenheit und Entschlossenheit!

Die Sicherheitspolizei

wird leider von manchen Arbeitern noch mit völlig ungerechtfertigtem Mißtrauen betrachtet. Wir weisen darauf hin, daß hier in Karlsruhe wohl sämtliche Sicherheitsmänner gewerkschaftlich organisiert sind, zwei Drittel von ihnen ist auch politisch organisiert. Die gesamte Bevölkerung wird doch ehrlicherweise zugestehen müssen, daß die Mannschaften der Sicherheitspolizei liberal, wo sie auftreten und mit dem Publikum in Verbindung kommen, einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Es sind Man-

ner, die Pflichtbewußtsein besitzen, die nicht daran denken, Bütteldienste zu leisten, sondern ehrlich der demokratischen Republik und dem allgemeinen Volkswohl dienen wollen. Nach die Sicherheitswehr hat erfreulicherweise selbst sehr starke Augen dafür, ob etwa versucht werden könnte, sie für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen. Wir erlauben deshalb die Arbeiterkraft, den Mannschaften der Sicherheitspolizei, wie der Institution selbst, volles und gerechtfertigtes Vertrauen entgegenzubringen. Unberechtigtes Mißtrauen verbittert und schädigt.

Anmeldungen zur Arbeiterwehr!

Unsere Parteigenossen werden ersucht, ihre Eintragungen zur Arbeiterwehr (unter Angabe von Name, Wohnung, welche politische und gewerkschaftlich organisiert) bei nachstehenden Genossen zu bewerkstelligen:
Distrikt: Fr. Stoll, Rudolfstr. 24; Altstadt: Fr. Sitt, Mittelstr. 8; Mittelstadt: Jos. Kiefer, Leopoldstr. 25; Weststadt: A. Böhringer, Eisenlohrstr. 20; Südstadt: G. Krüger, Luisenstr. 24 (Expedition des Volksfreund); Südweststadt: U. Wolf, Voedlstr. 32; Mühlburg: M. Hertel, Wacker 48; Reiterheim: B. Müller, Maria-Alexandrastr. 22; Daxlanden: Müller, Würz, Kömerstr. 2; Grünwinkel: A. Banke, Durmersheimerstr. 15; Miltheim: Fr. Wörner, Ernststr. 42; Müppurr: G. Höhn, Aternweg 21.

Die „Badische Landeszeitung“

bevorzugt in ihrer Nummer 124 (2. Bl.) einen Artikel, überschrieben „Tagelohn“, der neben ein oder zwei richtigen Bemerkungen ein dezentes Sammelfurium von Abergläubigkeiten darstellt, daß es selbst in dieser Hinsicht abgebrühten Lesern vermuthlich zu viel sein wird. Der Verfasser des „Tagelohn-Artikels“ hat, statt selbst zu arbeiten, Stundenlang in Koffern abgebeten, was er auch zu tun hat, und meint nun spaßlos, daß die Tränen über Moosel, Geseckel und Betrug. Sein Geschreibsel beweist jedenfalls, daß er die offen zutage liegenden Ursachen sozialer Mißstände nicht sehen will oder kann und daß er nie etwas gehört hat von der grauenvollen Verwüstung, die ein fast fünfjähriger Krieg, Hunger, Not und Elend für Körperlicher und geistiger Art im Denken, Handeln und Fühlen des Volkes angerichtet haben. Außerdem arbeitet er, um bei den letzten Spielern der „Bad. Landeszeitung“ eine größere Gemütsheilung zu erzielen, mit — gelinde gesagt — faustharten Ueberhebungen, indem er z. B. schreibt: „Das Bewegen einer Schaufel voll Straßenmüll von der Straßennitte zum Straßenrand kommt die Stadt wohl auf drei Mark zu stehen.“ Das Tagelohn leistet sich der Artikelverfasser aber in folgenden Sätzen: „Weil nun in Folge erhöhter Löhne mehr Kartmittel zuhanden sind, die große Mehrzahl der Arbeiter aber nicht zu sparen versteht, sondern den erhaltenen Lohn sofort wieder abrollen läßt, so geht erfahrungsgemäß von der Arbeitsstelle zur Vergnügungswelt. Im Wirtshaus, beim Kartenspielen, im Kino, besonders im Tanzlokal und in Freudenhäusern wird die Kraft bis zur Uebermüdung vergeht.“

Daß die große Mehrzahl der Arbeiter trotz erhöhter Löhne infolge der wahnwitzigen Preissteigerung kaum das Notwendigste an Nahrungsmitteln kaufen kann, wie das selbst von bürgerlichen Zeitungen in leichten Momenten ausgegeben wird, und daß die Vermögensgegenstände, die Kaffees, Kakaretts, Mars ganz andere Kreise fällen und daß dort zum großen Teil ein ordentliches Drogenparadies sein in jedem Weichheit geschloßes sein verlobt — diese Beobachtung zu machen, wäre auch dem Artikelverfasser der „Bad. Landeszeitg.“ ein Verdienst, wenn er nur die Wirklichkeit vorurteilslos und ohne Schenklappen betrachten wollte.

Der Buchdruckerstreik

gehört weiter. Trotz Bemühungen des Gewerbeaufsichtsamts haben die prinzipiale Verhandlungen abgelehnt. Eine von über 500 Gesellen besetzte und vortrefflicher Stimmung besetzte Versammlung gestern abend beschloß einstimmig, an den gestellten Forderungen festzuhalten und der Darmstädter Vereinigen die geschlossenen Kampfzellen der Gesellen entgegenzusetzen. — Auch in Konstanz sind insofern Solidaritätserzengnisse die Buchdrucker in Streik getreten, die dortigen Zeitungen können daher nicht erscheinen.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute Abend 8 Uhr wird im Lokal „Gambinushalle“ Genossin M. Big vom badischen Landesrat einen Ballabend geben. Genossin Big ist immer gern gelehrt. Galt bei der Arbeiter-Jugend, sie wird auch heute wieder mit ihrer Vortragskunst reichen künstlerischen Genuss bringen. Die Jugendlieben werden zu zahlreichem Besuch des Abends eingeladen. Von 1/8 Uhr ab Bühnenaussgabe. — Pünktlich 7 Uhr wichtige Versammlung.

Gaswerkbeschäftigung. Herr Bürgermeister Schneider hatte im Namen der Stadtverwaltung am Samstag vormittag die Stadträte und Stadterordneten zu einer Beschäftigung des städtischen Gaswerks eingeladen; es erschienen etwa 50 Damen und Herren, die unter Führung von Herrn Stadtbaurat Eglinger und einiger weiterer Beamten des Gaswerks nach einem einleitenden Vortrag in etwa dreißigminütiger Rundgang die weitläufigen Anlagen eingehend besichtigten. Der ganze Werdegang des Gases vom Kohlenwagen bis zur Aufnahme in die großen Gasbehälter und die Verteiler in die Stadt wurde verfolgt. Teile des Betriebs sind bekanntlich im Umbau begriffen, es müssen Erweiterungen und Neuanlagen geschaffen werden. Vor allem ist die Vermehrung der Raderäume und der Beschäftigung dringend notwendig. Im ganzen aber war die Beschäftigung befriedigend. Beamte und Arbeiter sind auf ihren Posten und tun voll auf ihre Pflicht. Diesen Eindruck gewann man allenfalls. Es ist begreiflich, daß die Stadtverwaltung den städtischen Vertretern durch derartige Beschäftigungen auch Einblick in die Betriebe tun läßt. Das „Bewilligen“ fällt dann viel leichter!

Miltheim. Die Parteiversammlung am Mittwoch war gut besucht. Gen. Rappert-Karlruhe sprach in äußerst interessanter und lehrreicher Weise über „Die Grundfragen des Sozialismus“, wofür er den Beifall aller fand. Mit Freude wurde vernommen, daß er in der nächsten Versammlung das Thema erweitern wird. Unsere Genossen seien schon jetzt auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht.

Unfall mit Todesfolge. Der verheiratete Maschinenarbeiter Maximilian Fuchs aus Löffingen wurde gestern mittag in einem Betrieb in der Kriegerstraße von der Treibwelle einer Fräsmaschine am linken Arm erfaßt und so lange herumgeschleudert, bis die Maschine abgestellt werden konnte. Der Tod trat sofort ein.

Zur Anzeige gelangten: ein Bahnarbeiter aus Mühlburg, ein solcher von Wiesental und ein Lokomotivführer von hier wegen Schleichhandels mit Zafal. Bei den Angezeigten wurden 3000 Bigaretten beschlagnahmt.

Verhaftet wurden: Ein Kaufmann aus Bollmersweiler wegen Verleitung von Heeresgut ins Ausland, ein Wale von hier wegen Verzug sowie der Tagelöhner August Rödel aus Durlach, der seine Schwiegermutter am Sonntag, 7. März, in der Friedensstraße hier ermordete, sich selbst verletzete und ins nächt. Krankenhaus verbracht wurde.







**Bekanntmachung**

zur Ausführung des Gesetzes über Steuernachfrist vom 4. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) vom 24. Februar 1920.

Der Vermögens- oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlaßt werden müssen, bisher nicht angegeben hat und deswegen verurteilt Strafen wegen Steuerunterschlagung sowie Verfall des verbleibenden Vermögens gemäß dem Besetze über Steuernachfrist abzuwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen

spätestens bis zum 15. April 1920

bei dem zuständigen Steuerkommissär anzugeben; dabei sind Vor- und Zuname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerunterschlagung, die sich auf das nachrücklich angegebene Vermögen oder Einkommen bezieht. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen.

Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig beschworen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

Berlin, den 24. Februar 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Die Angaben werden abschließend bei dem Steuerkommissär gemacht, der für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist. Sie können mit der Steuererklärung für diese Abgabe verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der obigen Frist eingereicht werden.

Der Steuerkommissär für den Bezirk

Karlsruhe-Stadt Karlsruhe-Land.

**Schularzt-Stelle.**

Die Stelle des zweiten Schularztes — Assistenzarzt oder Assistenzärztin des Stadtschularztes — in Karlsruhe ist alsbald zu besetzen.

Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 7. April 1920 beim Bürgermeisterei einzureichen.

Karlsruhe, den 15. März 1920.

Das Bürgermeisterei.

**Bekanntmachung über den Verkauf der verlosten amerikanischen Stiefel.**

Wir sehen uns veranlaßt folgendes bekanntzugeben: Bei den unter Kontrolle des Stadtrates verlosten Stiefeln handelt es sich keineswegs um tadellos neue, sondern nur um wenig getragene Stiefel, die je nach dem Grad ihres Verschleißes mit Mk. 50.— oder Mk. 75.— bewertet wurden.

Einen rechtlichen Anbruch auf Lieferung eines Paars Stiefel zu Mk. 75.— besitzt niemand, schon insofern, als naturgemäß eine weit größere Anzahl Stiefel zu Mk. 50.— als zu Mk. 75.— vorhanden sind, wobei wir darauf hinweisen, daß heute sowohl die Stiefel zu Mk. 50.— wie auch die Stiefel zu Mk. 75.— einen tatsächlichen weit höheren Wert repräsentieren.

Die Größen der Stiefel bewegen sich zwischen Nr. 41 bis Nr. 44, größere oder kleinere Nummern sind nicht vorhanden.

Städtische Bekleidungsstelle.

**Weißer Käse.**

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 19. März, bis Montag, den 22. März 1920 in den Feilverkaufsstellen Nr. 261 bis einschließlich Nr. 269 an die dort eingetragene Auktion, gegen die Warenkarte K 133.

Menge 1/4 Pfund. Preis Mk. 2.40 für das Pfund. Karlsruhe, den 17. März 1920.

Nahrungsmittelfach der Stadt Karlsruhe.

**Bekanntmachung.**

Allgemeine Feuerung veranlassen und, die Beiträge für Grabpflege und Grabpflegeleistungen mit sofortiger Wirkung entsprechend zu erhöhen und bitten wir unsere Günstigkeit hieron gefl. Kenntnis nehmen zu wollen.

Bereinerung der Friedhofgärtner e. V.

**Lebensmittel.**

**Frische See-Fische**  
Salzheringe Lachsheringe

**Hülsen-Früchte**

Erbsen, gelb und grün | Linsenmehl  
Erbsen, geschält halb | Erbsenmehl  
Bohnen, weiss u. bun | Reismehl  
Linsen, grosse | Hafermehl  
Reis | Tapioca  
geschälte Linsen | Cenovis Nahrungsmittel

**Corned-Beef**

Ochsenmaulsalat  
gebrannter Kaffee  
Cacao, gar. rein  
schwarzer Tee  
Cichorien  
Feigenkaffee  
Kakaopulver  
Schokoladen, feinste  
Milchsüßspeise  
Puddingpulver  
Vanillezucker

**Marinaden**

Rollmops — Bismarckheringe  
Hering in Gelee — Kronsardinen  
Salz- u. Essig-Gurken

**Kompott-Früchte**

Birnen, Kirschen, Apfelsinen  
alles zucker-gesüßt

**Spirituosen — Liköre — Weine**

Schokoladen — Biskuits.

**Her-TIETZ**

**Grosse Neueingänge in Damen - Bekleidung:**

- Jackenkleider  
Taillekleider  
Morgenkleider  
Röcke — Blusen  
Mäntel  
Sportjacken  
Kinder-Kleider, Mädchen-Mäntel

**Carl Schöpf** Marktplatz

Zum Besuche der  
**Modellhut-Ausstellung**  
ladet ein  
**Maria Specht**  
Damenputz  
Kaiserstrasse 15  
Fernruf 4839

**Residenz-Lichtspiele**  
Spielplan vom 17. bis 19. März  
Waldstrasse 30  
**Dr. Steffens' seltsamster Fall**  
Drama in vier Akten  
ein Meisterwerk von Toni Altenberger.  
Hauptdarsteller:  
**Else Bodenheilm und Fritz Greiner.**

**Für Unterstützung des Generalagenten**  
nicht altangesehene leistungsfähige Unfall- u. Haftpflicht-Versicherungsgesellschaft einen in Organisation und Kapital gegen zeitgemäße Beiträge durchgängig bewanderten **Fachmann** Direktionsvertrag. Gefällige Angebote unter Nr. 2304 an das „Volkshilfsbüro“ erbeten.

**Badisches Landestheater.**  
Donnerstag den 18. März 1920.  
Zum erstenmal  
**Das Wandermittel.**  
Komödie in drei Aufzügen von Ludwig Fulda.  
Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Ende nach 9 Uhr

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!**

**Glafer-Lehrling gesucht.**  
Junge, welcher das Glaferhanwerk erlernen will, in n. Oftern in die Lehre treten.  
Glafermeister Bernher  
Debelstr. 11. Tel. 4137.

**Feuerbestattungs-Verein Karlsruhe e. V.**

**Mitglieder-Versammlung**

Unsere diesjährige findet am Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr im Kleinen Rathhausaal hier statt:

- Tagesordnung:  
1. Jahresbericht des Vorstands.  
2. Kassenbericht.  
3. Etwasige Anträge der Mitglieder.  
Wir laden hiesig unsere verehrlichen Mitglieder (auch Damen) mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen ergebenst ein.

Karlsruhe, den 8. März 1920. Der Vorstand.

**Mittelmühle**

Die städtische soll vom 15. April d. J. ab auf die Dauer von vorerst 3 Jahren verpachtet werden. Die bauliche Unterhaltung der Gebäude und des Wasserbaues mit Ausnahme des Mühlentwerkes und des Wasserrades übernimmt die Stadt. Die Unterhaltung des Mühlentwerkes und des Wasserrades ist Sache des Pächters. Die näheren Sachbedingungen können beim Bürgermeisterei Durlach eingesehen werden. Bewerber wollen ihre Bietangebote bis spätestens 28. d. Mts. schriftlich beim Bürgermeisterei Durlach einreichen.

Durlach, den 15. März 1920. Der Gemeinderat.

**Bürgerhof - Bruchsal**

Freitag, den 19. März abends pünktlich 8 Uhr

**4. Volks-Konzert**

Mitwirkende:  
**Männer-Gesangverein „Liederkrantz“ Bruchsal**, Leitung: Chormeister R. Pracht; **Josef Lipp**, Pianist; **Josef Peischer**, Konzertmeister am Landes Theater in Karlsruhe (Violine); **Friedrich Hunkler**, Musikdirektor, Bruchsal (Klavier).

**Männerchöre, Violinkonzert** von Mendelssohn, **Soll für Klavier, Soll für Violine.**

Saal-Einlass 7 1/2 Uhr. — Rauchverbot.  
Eintrittskarten: Nummerierte (in beschränkter Zahl) Mk. 4.50, unnummerierte Mk. 1.— im Vorverkauf bei Firma **Heinrich Katz**, Bruchsal, Ecke Kaiser- und Friedrichstrasse und an der Abendkasse. 2326

**Gelder**  
auf I. Hypotheken zu 4 1/2% u. auf II. Hypotheken in Posten von: 3000 bis 6000, 7000 bis 10000, 11000 bis 14000, 15000 bis 20000, 22000 bis 26000, 28000 bis 30000 Mk. u. höher, sowie auch Darlehen auszuliehen.  
August Schmitt, Bankkommissiongeschäft, Karlsruhe, Hirschstr. 43, Tel. 2117. 2311

**Sammeln Sie Sparmarken!**  
Viele Wenige geben ein Viel.  
**Verlosung von 10000 Mark** im April 1920.

**Tüchtige Möbeldreiner**  
bei guter Bezahlung zum sofortigen Eintritt für dauernd gesucht.  
Vorstellen **Bad. Bauhand, Karl Wilhelmstr. 50**, (Brauerei Höpfer) von 8-4 Uhr. 2308

**Metalle, Eisen, Lumpen, Felle**  
kauft die Firma  
**Renzner, Alpen, Weismann & Co.**  
Amalienstr. 37. Tele on 3729.

Wir suchen eine zuverlässige  
**Zeitungs-Trägerin**  
für Mühlburg.  
Gelegente Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.  
Geschäftsstelle des Volksfreund  
Luisenstraße 24.